

# Dresdner Nachrichten

### Gegründet 1856

Verlags- und Druckerei: Dresdner Nachrichten  
Hauptredaktion: Neudeckers-Strasse 22/24  
Kassiererei: Neudeckers-Strasse 22/24  
Abteilung für den Druck: Neudeckers-Strasse 22/24  
Verlag: Neudeckers-Strasse 22/24

Belegpreise bei täglich zweifacher Auflage monatlich 2,50 Mk. (einschl. Porto 10 Pf. für Telegramm- und Fernschreiber 1,50 Mk. einwöchentlich 10 Pf. Belegpreis ohne Belegstellengebühr bei 7 mal wöchentlichem Erscheinen, Abgabetermin 10 Uhr. Einzelhefte: 10 Pf. einseitig 20 Pf. beidseitig 35 Pf., bis auf weiteres 40 Pf., bis 90 mm breite Belegstelle 500 Pf., außerdem 100 Pf. abg. Kleinabzüge lt. Tarif. Familienabzüge und Stellengebühren ohne Rabatt 15 Pf., außer- halb 25 Pf. Offiziengeld 20 Pf. Nichterfüllte Aufträge gegen Bezahlung.

Druck v. Verlag: Neudeckers-Strasse 22/24  
Verlag: Neudeckers-Strasse 22/24  
Kassiererei: Neudeckers-Strasse 22/24  
Abteilung für den Druck: Neudeckers-Strasse 22/24  
Verlag: Neudeckers-Strasse 22/24

## Der Tag der Abstimmungen im Reichstag

### Die Volkspartei beschließt Anwesenheitszwang

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Febr. Mit dem heutigen Freitag ist der parlamentarische Entscheidungstag angebrochen. Der Reichstag nahm bereits um 10 Uhr vormittags seine Beratungen auf. Inzwischen hat sich in der vergangenen Nacht etwas abgespielt, was unter Umständen für die Deutsche Volkspartei recht kritische Folgen haben kann. Wir berichteten bereits am gestrigen Donnerstag, daß sich zwei Abgeordnete der Volkspartei heutzutage in Wien, anlässlich des nur deshalb, um nicht gezwungen zu sein, sich dem Fraktionsgebot der Opposition gegen das Kabinett Brünning zu fügen. Im Laufe des gestrigen Tages sind nun Beratungen im Parteivorstand der Deutschen Volkspartei gepflogen worden, und spät in der Nacht hat sich noch die Reichstagsfraktion der Volkspartei hinter verschlossenen Türen mit dieser Frage beschäftigt. Dabei ist es zu einem heftigen Wortwechsel verschiedener völksparteilicher Landesverbände gegen diejenige Abgeordneten gekommen, die sich dem Fraktionszwang durch Abwesenheit entziehen wollten.

des deutschen Mittelstandes war ihm eine selbstverständliche nationale und mittelständische Pflicht, nachdem die durch die Reichstagsgebe verordneten Bankfeiertage das Vertrauen in die deutsche Volkswirtschaft untergraben hatten. Herr Dr. Weber für diese pflichtgemäß aus seiner jetzigen Berufsstellung sich ergebenden Vertretung der Interessen des gewerblichen Mittelstandes einen Vorwurf zu machen, ist eine kaum zu verstehende Handlungsweise des Redners der Wirtschaftspartei.

Der ständige Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Schneider-Dresden teilt uns mit, daß er Urlaub vom Reichstagspräsidium nicht wegen dringender Geschäfte sondern krankheitsbedingt erbeten habe. Er habe vor einiger Zeit eine Kleberoperation durchgemacht, die jetzt eine Nachbehandlung erfordert, die nur der Dresdner Arzt vornehmen könne. Deshalb aus diesem Grund könne er an der Abstimmung im Reichstag nicht teilnehmen.

Die Reichstagsfraktion hat daraufhin beschlossen, bei der heutigen Abstimmung über den Anwesenheitszwang auf Anwesenheitszwang auszuweichen.

Die Mehrheit der Fraktion stellt sich auf den Standpunkt, daß nur Auslandsreisen und Krankheit als Entschuldigungen gelten könnten. Auf Reisen befinden sich die beiden Abgeordneten Dr. Scholz, Curtius, Glösel und Dr. Schneider-Dresden, wird dagegen vermutet, daß sie ohne einen berechtigten Grund den Abstimmungen fernbleiben wollen. Es wurde im Verlauf der Fraktionsberatungen erklärt, daß sich die betreffenden Abgeordneten, die auf diese Weise der Unterstützung des Minderheitsvotums gegen das Kabinett Brünning entziehen wollen.

## Abstimmung über den Reichstagspräsidenten

### Dreißig Stimmen Mehrheit für Lobe

Berlin, 26. Februar. Reichstagspräsident Lobe teilte bei der Eröffnung mit, daß der Abgeordnete Dr. Glösel (DVP) sich wegen Krankheit auf zwei Tage hat beurlauben lassen. (Hört, hört und Oetterkeit.)

Herr Gotheiner (D.) protestiert dagegen, daß trotz entgegenstehender Erklärungen der Regierung doch am Donnerstagabend der Kundendienst die geistliche Reichstagsrede nach der Schlußplattenaufnahme verbreitet hat. Präsident Lobe erklärt, für die Genehmigung dieser Verbreitung sei er allein verantwortlich. (Beifall bei der Wehrheit.)

Der Präsident stellt dann einen Antrag der Nationalsozialisten zur Beratung, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen.

Herr Rosenberger (Natl.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Reichstagspräsidenten. Mit seiner Bemerkung, Rosenberger habe 1918 noch nicht gewußt, welches sein Vaterland sei, habe Dr. Brünning das tragische Schicksal von zehn Millionen Auslandsdeutschen verspottet. Die Nationalsozialisten würden abwarten, ob der Kanzler nicht demnächst wieder leicht aus von „jogenschlechten Subdeutschen“ und „jogenschlechten Reichsdeutschen“ sprechen werde. Auch der angebliche Reichspräsident sei ja in einer Stadt geboren, die heute zu Polen gehöre. Der Zusammenhang Deutschlands sei auch ein Zusammenhang der Völker gewesen. Diese Völker hätten jahrelang unter der Herrschaft des Reichstagspräsidenten gelitten. — Diese Sätze werden von den Nationalsozialisten mit lauten Beifallstundgebungen unterstrichen.

Herr Dr. Fried (Natl.) beantragt die Herbeiführung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.  
Im Sammel sprung wird der nationalsozialistische Antrag mit 180 gegen 210 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Beendigung des Sammel sprungs war Reichsfinanzminister Dietrich an seinem Platz erschienen. Er wurde mit Oetterkeit begrüßt. Als der Präsident die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages verkündet, erhebt sich der Minister und verläßt den Saal wieder, während die Wehrheit in härmliche Oetterkeit ausbricht.  
Der nationalsozialistische Abgeordnete Reinartz, der Finanzpolitische Anfragen an die Regierung richtete, verzichtete nunmehr auf Wort.

Herr Bauer (Christl.-Soz.) führt aus, seine Freunde seien immer die schärfsten Gegner des Sozialismus gewesen, das den Einfluß der Parteien dem Wohl des Volkes voranstellen will. Gerade weil die Christlichsozialen das Vaterland über die Partei stellen, wenden sie sich gegen das System Hitler-Goebbels, das die unbedingte nationalsozialistische Parteiherrschaft aufzurichten will.

Als der Redner sich gegen die außenpolitischen Anariefreden der Reichsopposition wendet und betont, Wismar habe seine Außenpolitik nie mit Rücksicht auf die Massen der Straße gemacht, kommen von den Rechten fortwährend böhmische Jurten. Der Abgeordnete Dr. Reiner (DVP.) wird wegen eines solchen Jurtes zur Ordnung gerufen. Sie, so fährt der Redner fort, betrachten den Völkervertrag, unterzeichnete Schacht als außenpolitische Autorität. Sie können es nicht ertragen, daß Dr. Brüning außenpolitische Erlosse erzielt.

Herr Frau (Fuchszog) betont die Notwendigkeit, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes auch die Stimme der deutschen Frauen zu hören. Wir Frauen wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen keinen Völkervertrag, wir durchwachen die Gesundheit einer Politik, die sich als besonders männlich gibt, die aber nur von Kurzsichtigkeit, Eitelkeit und Kennenmischerlei diktiert ist. Wegen die nationalsozialistische Politik wenden sich die Frauen, die für Freiheit und Frieden eintreten.

Herr Dr. Reubauer (Komm.) wirft den Nationalsozialisten vor, sie seien nur bezahlte Gefolgsknechte des Indu-

### 100 000 Mark unterschlagen

Altenkirchen (Welterwald), 26. Februar. Vor einiger Zeit war der Geschäftsführer der Landbund-Genossenschaft Altenkirchen, Heinrich Döben, Mächtig geworden. Wie festgestellt wurde, hat Döben bei der Kasse Unterschlagungen begangen, die er selbst bei seiner in Berlin erfolgten Verhaftung auf 7000 Mark bezifferte. Eine genaue Prüfung der Bücher förderte jetzt die überrassende Feststellung zutage,

daß sich die Gesamtsumme der unterschlagenen Gelder auf rund 100 000 Mark beläuft.

Döben hat sich von einer großen Anzahl von Landwirten aus dem Kreise Altenkirchen Gefälligkeitswechsel unterschreiben lassen, die jetzt alle zur Einlösung vorgelegt werden. Viele der geschädigten Bauern wuchten bis zu ihrer Vernehmung nicht einmal, daß sie Mitglieder der Kasse waren. Döben hat ihnen ihre Unterschriften unter das Aufnahmeformular unter falschen Vorbedingungen entlockt. Döben, der das Geld in leichtsinniger Weise durchbrachte, ist inzwischen in das Amtsgerichtsgefängnis Neuwied eingeliefert worden.

Arbeitsminister Frick Thullen. Der andere Fraktionsführer Frick dagegen den Reichsfinanzminister. In dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen des deutschen Kapitalismus steht nur der Kommunismus auf der Front der werktätigen Massen gegen das Ausbeuterium.

Während der Ausführungen des kommunistischen Redners nimmt Vizepräsident Graef-Charlottenburg den Präsidenten ein, eine Tatsache, die im Laufe der Rede viel beachtet wird, weil seit dem ersten Ausbruch der Nationalsozialisten und Deutschnationalen der deutschnationalen Vizepräsident sich nicht mehr an der Verhandlungsbühne bei den Reichstagsabstimmungen beteiligt hatte. Als Präsident Lobe das Präsidium wieder übernimmt und dem Herr Dr. Weber (Staatsp.) das Wort erteilt, verlassen die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal.

### Herr Dr. Weber-Potsdam (Staatsp.)

erklärt, er wolle beweisen, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Nordes voranzugangen seien. Die ersten großen politischen Morde in Deutschland, die Morde gegen Erberger und Rathenau, seien von rechtsradikaler Seite begangen und von den Nationalsozialisten verherrlicht worden. Nach Feststellung eines deutschen Gerichts sei ein Landarbeiter, der fälschlich des Balkenverrats an die Polizei beschuldigt war, im Jahre 1920 durch zwei Pistolenschüsse hingerichtet worden.

Am 1. Juli 1931 schrieb der „Angriff“: Man soll das rote Nordgericht mit Handgranaten und Maschinenengewehren von den Straßen vertreiben. (Hört, hört!) Dr. Goebbels hat am 16. Januar 1931 im Arbeitervereinshaus in Berlin gesagt: „Die Spannung und Empörung in unseren Reihen ist bis zur Siedehitze gestiegen. Voller Wut findet sich darunter einmal einer, der seine persönliche Ehre identifiziert mit der Ehre der Partei und sie in der Weise, wie es ihm seine Ehre gestattet, wieder herstelle. Ich fordere nicht dazu auf. Aber was der einzelne tut, können wir nicht kontrollieren.“ (Hört-Hört-Rufe links.)

In der Dienstvorschrift der nationalsozialistischen Sturmabteilungen wird von „blutiger Schlacht“ und von „Auseinandersetzungen von Marzistenhänden mit blutigen Schabernack“ gesprochen. In einem bekannten Sturmlied dieser Sturmabteilungen lauten die letzten Strophen: „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt — dann geh' es noch mal so gut — Den Juden und Marzisten, sie bringen uns kein Geld — Den Severing und Genossen erschlagen wir mit dem Beil — Blut muß fließen — Knippelgebild. Wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik.“

Die Verlesung dieses Liedes wird von der Linken mit härmlichen Pfuirufen begleitet. Der Redner erklärt zum Schluß, gegen diese Mordebegehr einer Partei, die sich „national“ nennt, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden.

Herr Goebbels ruft: Herr Groener, was sagen Sie an Ihren jüngsten Rekruten? Ein Hundsdotter, wer diese Morde nicht in die Reichswehr aufnimmt! — Oetterkeit b. d. Rom.)

### Herr Schulze-Stapen (D.-N.)

bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Zukunft nicht genügend Beachtung gefunden habe. Für die Zukunft muß man die stärksten Vorkehrungen haben. Die Ernährungsfreiheit aus deutscher Erde muß hergestellt werden. Die reichsten Böden Deutschlands sind produktionsunfähig geworden. Tatkräft und Unternehmungsgeist sind gelähmt. Die landwirtschaftlichen Spar- und Darlehensstellen haben häufig bei den Zentralbanken keinen Kredit mehr. Eine falsche einseitige Handelspolitik mit dem System der allgemeinen Weltbegünstigung hat gleichzeitig mit einer unerschöpflichen Steuer- und Finanzbelastung die Landwirtschaft ruiniert.

Die Maßnahmen zur Entschärfung der Landwirtschaft sind eine unvollständige Abschätzung der ab-

außerhalb der Fraktionsgemeinschaft

stellen würden. Hängen sich also die betreffenden vier Abgeordneten dem Fraktions- und Anwesenheitszwang nicht, so muß damit gerechnet werden, daß sie aus der Fraktion zum Ausschließen gezwungen sind.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschloß erneut, die Minderheitsanträge gegen die Reichsregierung abzulehnen. Sie hat ferner für diese Abstimmung Fraktionszwang beschlossen.

Damit ist eine knappe Mehrheit für Brüning endgültig gesichert.

Die Reichstagsabstimmung selbst begann mit einem Disput zwischen dem Herr Gotheiner von den Deutschnationalen und dem Reichstagspräsidenten. Hieran ergänzte der deutschnationalen Fraktionsführer Dr. Oberlohn den nationalsozialistischen Minderheitsantrag gegen Lobe dahin, daß der Reichstag Lobe zur sofortigen Amtsniederlegung auffordern solle.

### Trotz allem für Brüning und Groener

#### Die Angstpolitik der SPD-Fraktion

Berlin, 26. Februar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Freitagvormittag kurz vor Beginn der Plenarsitzung eine kurze Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, gegen sämtliche Minderheitsanträge zu stimmen, obwohl die Ausführungen des Reichstagspräsidenten und des Reichswehrministers über den Reichswehrverleih die Sozialdemokratie nicht befriedigen könnten.

### Dr. Weber und die Kreditgenossenschaften

Dresden, 26. Februar. Von deutschnationaler Seite wird uns mitgeteilt: Der Redner der Wirtschaftspartei, Prof. Dr. Weber, hat im Reichstag dem früheren schä. Finanzminister Dr. Weber vorgeworfen, daß er von der jetzigen Reichsregierung Dille für seine gewerblichen Kreditgenossenschaften erbeten habe und trotzdem von der Wirtschaftspartei zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten sei. Dazu wird zunächst bemerkt, daß Herr Dr. Weber an seiner aus Reichshilfe unterstützten Kreditgenossenschaft finanziell beteiligt ist, im Gegensatz zu anderen wirtschaftsparteilichen Abgeordneten. Herr Dr. Weber hat auch nicht um Reichshilfe gebeten, sondern hat diese „erfordert“, nachdem das Reich die Garantie für die Sparanlagen der Danabank zur Verfügung gestellt hatte. Die Erhaltung der in den deutschen Kreditgenossenschaften angelegten Spargelder

48, 48, 25, 95, 95, 95

mit farbigen Karten hoch 1,95 95

er